

Städtische Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sitzung am 25.10.2016			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 14:50Uhr	Sitzungsende: 17:50 Uhr	Sitzungsort: Saal, Konsul-Hackfeld-Haus

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Sitzungstermine 2017*)	Vorlage 47
TOP 4:	Bericht: Stand und Perspektive der Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek Bremen	Vorlage 48
TOP 5:	Solidarpakt Kultur und Projektmittelverfahren 2017	Vorlage 49
TOP 6:	Bericht Weserburg	Vorlage 50
TOP 7:	Vorstellung Golden City	
TOP 8:	Vorstellung Kulturambulanz Bremen	
TOP 9:	Verschiedenes	
	a. Aktuelles aus der Kulturszene	
	b. Berichtsbitte zur Förderung der Populärmusik	

Die Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Rohmeyer bittet, den Bericht zur Weserburg von der Tagesordnung zu nehmen, da dieser nicht beratungsfähig sei.

Frau Strunge erwidert, dass der Bericht auf Wunsch von Herrn Drechsel auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt wurde.

Herr Drechsel bestätigt, dass er um einen Sachstandsbericht gebeten hatte. Er bittet daher darum, den Bericht auf der Tagesordnung zu belassen. Er merkt an, dass er neben dem Sachstandsbericht auch um die Vorlage des aktuellen Konzeptes gebeten hat und bittet, dieses nachzuliefern.

Frau Dr. Kappert-Gonther und Herr Gottschalk schließen sich dem Verfahrensvorschlag an, den Bericht auf der Tagesordnung zu belassen. Sie ergänzen, dass aus der heutigen Besprechung Fragen, die für das künftige Verfahren von Bedeutung sind, abgeleitet werden können.

Die Deputation für Kultur entscheidet mehrheitlich, dass der Bericht zur Weserburg planmäßig beraten wird.

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Die Deputation nimmt das Protokoll der Sitzung vom 30.08.2016 zur Kenntnis.

TOP 3: Sitzungstermine 2017*)

Siehe staatlich

TOP 4: Bericht: Stand und Perspektive der Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek Bremen

Frau Dr. Kappert-Gonther bedankt sich für den Bericht und ergänzt, dass dieser auf eine Bitte aus dem Betriebsausschuss zurückgeht. Sie merkt an, dass der Modellversuch gezeigt hat, dass es einen großen Bedarf gibt, die Stadtbibliothek Bremen sonntags nutzen zu können.

Die Fraktion der Grünen ist sich der notwendigen Änderung des Arbeitszeitgesetzes, um eine regelhafte Sonntagsöffnung einführen zu können, sowie der Widerstände in der Stadt und im Betriebsrat bewusst. Die Fraktion der Grünen hält es dennoch für sinnvoll daraufhin zu wirken, dass die Bibliothek sonntags regelmäßig geöffnet werden kann. Frau Dr. Kappert-Gonther greift in diesem Zusammenhang das Beispiel der Stadtbibliothek Mönchengladbach auf, die es erreicht hat, unter den aktuellen gesetzlichen Bedingungen sonntags öffnen zu können. Im Namen der Fraktion bittet sie um einen Bericht, unter welchen Bedingungen die Stadtbibliothek in Mönchengladbach bei den bestehenden gesetzlichen Vorgaben sonntags öffnet.

Sie regt an, den Beschlussvorschlag im ersten Punkt der Beschlussfassung zu modifizieren:

Die Deputation für Kultur nimmt zur Kenntnis, dass eine Öffnung der öffentlichen Bibliotheken an Sonntagen in Bremen nach dem Arbeitszeitgesetz (Bundesgesetz) derzeit nicht möglich ist und es einer Gesetzesänderungsinitiative auf Bundesebene bedürfte.

Herr Rohmeyer begrüßt die Aussage von Frau Dr. Kappert-Gonther und ergänzt, dass die Kulturdeputation und die Kulturbehörde den Senat bitten können, dieses Thema in Berlin über eine Bundesratsinitiative voranzubringen und bittet daher um folgende Ergänzung der Beschlussfassung:

Die Deputation für Kultur bittet den Senator für Kultur im Senat eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen und der Deputation für Kultur davon zu berichten.

Da die Vorbereitung der Bundesratsinitiative genügend Zeit und einer gründlichen Vorbereitung bedarf, sollten aus Sicht von Herrn Rohmeyer bald die ersten Weichen gestellt werden.

Herr Drechsel betont, dass auch die Fraktion der FDP Maßnahmen und Mittel unterstützt, die dazu dienen, dass die Stadtbibliothek am Sonntag geöffnet werden kann. Die Stadtbibliothek sei eine Stätte der kulturellen Teilhabe auch ein Ort der Zusammenkunft, neben ihrer Kernfunktion, der Ausleihe von Medien.

Frau Strunge erläutert, dass die Sonntagsöffnung zum einen sehr sinnvoll sei, da neben den bereits erwähnten Funktionen der Besuch der Stadtbibliothek im Gegensatz zu ande-

ren Einrichtungen auch mit geringen finanziellen Mitteln möglich ist. Das hat sowohl kulturellen als auch sozialpolitischen Wert. Allerdings sieht sie die Sorge, dass diese Aufweicheung arbeitsrechtlicher Standards auch auf andere Bereiche übergreifen kann, als berechtigt an. Die Fraktion der Linken diskutiert derzeit über eine Positionierung auf der Seite der Gewerkschaften und Personalräte. Das Thema müsse innerparteilich noch besprochen werden.

Herr Gottschalk merkt an, dass der Bericht zum einen die derzeitige gesetzliche Situation klar aufzeigt und zum anderen, dass die bereits vorgenommenen Versuche hinsichtlich einer Bunderatsinitiative abgebrochen worden sind. Aufgrund der derzeitigen Situation und der Widerstände wäre eine Bundesratsinitiative nach jetziger Einschätzung nicht erfolgreich.

Herr Bolayela merkt an, dass das Thema Sonntagsöffnung ihn in seiner Funktion als Betriebsrat seit Jahren begleitet und regt an, das Thema noch einmal aufzugreifen, wenn sich die gesetzlichen Bedingungen geändert haben.

Frau Staatsrätin Emigholz weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit aus den Bundesländern Hamburg und Berlin zwei Bundesratsinitiativen hinsichtlich der Sonntagsöffnung von Stadtbibliotheken gab, die Bremen unterstützt hat. Es ist damals sogar gelungen, dass der Kulturausschuss des Bundes die Weichen für ein solches Modell gestellt hat. Leider ist der für Arbeitszeitregelungen zuständige Ausschuss dem nicht gefolgt. Bis dato gibt es keinen Richtungswechsel in der Arbeitszeitregelung.

Frau Staatsrätin Emigholz erinnert daran, dass unter Berücksichtigung der bestehenden gesetzlichen Bedingungen versucht worden ist, in Bremen ein Modell auf freiwilliger Basis zu realisieren. Nach einer Laufzeit von zwei Jahren wurde dieses aufgrund negativer Voten der Beschäftigten bedauerlicherweise eingestellt.

Die Berichtsbitte von Frau Dr. Kappert-Gonther aufgreifend, schlägt Frau Staatsrätin Emigholz vor, eine fachliche Würdigung des Modells in Mönchengladbach vorzulegen, um zu schauen, ob es auch in Bremen angewendet werden könnte.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Deputation für Kultur stimmt dem geänderten Beschlussvorschlag unter Punkt 1 im Folgenden einstimmig zu:

1. Die Deputation für Kultur nimmt zur Kenntnis, dass eine Öffnung der öffentlichen Bibliotheken an Sonntagen in Bremen nach dem Arbeitszeitgesetz (Bundesgesetz) derzeit nicht möglich ist und es einer Gesetzesänderungsinitiative auf Bundesebene bedürfte.

2. Die Deputation für Kultur nimmt zur Kenntnis, dass eine Neuauflage eines Modellversuchs in Bremen u.a. aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 26.11.2014, welches Ausnahmegenehmigungen wie in der Vergangenheit als nichtig erklärt hat, aktuell nicht umsetzbar ist.

3. Die Deputation für Kultur bittet einstimmig den Senator für Kultur, für den Fall veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen die Frage der Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek Bremen erneut zu prüfen.

TOP 5: Solidarpakt und Projektmittelverfahren 2017

Frau Strunge übergibt das Wort an Herrn Frey, Abteilungsleiter beim Senator für Kultur.

Herr Frey erläutert, dass in der Vorlage der Solidarpakt - und die Art wie sich dieser zum Projektmitteltopf verhält – dargestellt wird. Außerdem wird das Projektmittelvergabeverfahren 2017 konkretisiert.

In der Vorlage wird zudem aufgelistet, welche Institutionen mit welchen Leistungen bereit sind, die Freie, nicht institutionell gebundene Szene im Rahmen des Solidarpaktes zu un-

terstützen. Herr Frey betont, dass die Auflistung lediglich den aktuellen Stand wiedergibt. Der nicht institutionell gestützten Freien Szene stehen somit circa 300.000 € zur Verfügung. Ergänzend kann darauf hingewiesen werden, dass einzelne Einrichtungen bereit sind, ihre Solidarleistungen in ihre Ziel- und Leistungsvereinbarung aufzunehmen.

Vom Solidartopf getrennt ist der Projektmitteltopf im Haushalt zu betrachten. Dort erscheint lediglich die Stadtbibliothek Bremen, die sich aufgrund ihres fachlichen Auftrags dazu entschlossen hat, Globale und Poetry on the Road zu unterstützen.

Herr Frey fasst zusammen, dass der Projektförderung in Bremen insgesamt 725.000 € zur Verfügung stehen, wenn man die Mittel der Start-Stiftung miteinbezieht.

Das Projektmittelverfahren ist gemäß der Beschlüsse der Deputation und des Ratschlags mit der Freien Szene auf Grundlage der Förderrichtlinie umgesetzt worden. Herr Frey weist darauf hin, dass die Vorlage zunächst ein Bericht ist. Die finanziellen Auswirkungen werden in der nächsten Sitzung der Deputation für Kultur am 15.11.2016 dargestellt, ebenso wie die Entscheidungen der Fachjurs und des Projektmittelausschusses.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das vorgelegte Papier die Vorschläge der Verwaltung für die Projektförderung der institutsgebundenen Bereiche enthält, um Transparenz über das Verwaltungshandeln zu schaffen. Die Vorschläge für die nicht institutsgebundenen Bereiche obliegen den Jurs.

Frau Staatsrätin Emigholz hebt hervor, dass in Fragen des Inflationsausgleichs für das nächste Jahr eine Einigung erzielt wurde, die zum einen eine Stärkung der Einrichtungen vorsieht und zum anderen durch den Verzicht auf die Hälfte der ursprünglich veranschlagten Mittel eine Stärkung der Projektarbeit der institutionell geförderten Einrichtungen. Überdies ist anzuerkennen, dass sich viele Akteure mit Unterstützungsangeboten eingebracht haben, die nicht unmittelbar kassenwirksam zu Buche schlagen. Diese positive Entwicklung war nicht vorherzusehen. Frau Staatsrätin Emigholz schlägt vor, der Deputation für Kultur im Sommer 2017 einen Bericht vorzulegen, der eine Einschätzung des aktuell in Gang gesetzten Projektmittelverfahrens unter der Anwendung des Solidarpaktes ermöglicht.

Herr Rohmeyer würde gerne wissen, welche Einrichtungen pekuniäre Unterstützung zur Verfügung stellen und in welcher Höhe.

Zudem merkt er an, dass aus den bisherigen Gesprächen deutlich wurde, dass die Einrichtungen eher weniger Geld als zu viel haben und der Bedarf nach weiteren Mitteln besteht. Er betont, dass es sich bei den Mitteln um öffentliche Gelder handelt und nicht um private Mäzene oder Sponsoring. Er erwartet Transparenz des Verfahrens und der von den Einrichtungen zur Verfügung gestellten Mittel.

Frau Staatsrätin Emigholz weist noch mal auf zusätzliche geldwerte Leistungen der Einrichtungen hin und auch auf den zuvor für den Sommer 2017 angekündigten Bericht. Sie erinnert daran, dass in der letzten Sitzung der Deputation für Kultur vom 30.8. 2016 angekündigt wurde, der Deputation im November eine haushaltsstellengerechte Auflistung vorzulegen. Hierzu werden die nötigen Verfahrenswege mit der Senatorin für Finanzen abgestimmt. Abschließend weist Frau Staatsrätin Emigholz noch einmal darauf hin, dass der Beratungsvorgang zwei unterschiedliche Bereiche betrifft, nämlich die im Haushalt verankerten Mittel und die des Solidarpaktes zur Stärkung der Freien Szene.

Frau Dr. Kappert-Gonther ergänzt, dass sich der Beschluss der Vorlage auf den Vorschlag der künftigen Besetzung des Projektmittelausschusses und der Fachjurs bezieht.

Sie erinnert daran, dass die Neuordnung und Entscheidung zur Einsetzung von Fachjurs gemeinsam mit den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller in der Deputation für Kultur vertretenen Fraktionen getroffen worden ist.

Der Beschlussvorschlag ermöglicht es, dass für die Vergabe 2017 das Fachjuryverfahren

eingesetzt werden kann.

Frau Dr. Kappert-Gonther befürwortet die Idee, gemeinsam zu überlegen, wie mit kulturellen Mitteln Kooperationen zwischen den großen Institutionen und der Freien Szene gefördert werden können. Sie betont, dass zum jetzigen Zeitpunkt keiner genau prognostizieren kann, ob sich die Idee des Solidarpaktes bewähren wird, aber im Namen der Fraktion spricht sie sich für die Umsetzung aus. Im Jahr 2017 kann dann gemeinsam mit den Kulturakteuren eine Auswertung stattfinden.

Frau Strunge hebt positiv hervor, dass auf die Kritikpunkte der Einrichtungen und der Freien Szene eingegangen worden ist, indem man sich für ein Fachjuryverfahren entschieden hat. Sie ist allerdings überrascht, dass auf der Homepage des Senators für Kultur bereits eine namentliche Liste mit den Mitgliedern der verschiedenen Fachjurs veröffentlicht worden ist, ohne dass die Deputation für Kultur darüber vorab informiert wurde. Sie bittet darum, dass die Mitgliederliste der Fachjurs der Deputation für Kultur zur Verfügung gestellt wird.

In diesem Zusammenhang möchte Frau Strunge wissen, wer darüber entscheidet, wer Mitglied in einer der Fachjurs wird.

Zum Solidarpakt merkt Frau Strunge an, dass sie es schwierig findet, diesen zu bewerten, weil aus der Vorlage nicht deutlich zu erkennen ist, was bereits vorhandene und was neue Strukturen sind.

Als Beispiel greift Frau Strunge die Bremer Philharmoniker auf, die im Rahmen ihrer Orchesterakademie Nachwuchs fördern, und merkt an, dass nicht direkt ersichtlich sei, dass es sich hierbei um die Stärkung der Freien Szene handelt, sondern man davon ausgeht, dass die klassische Nachwuchsarbeit bereits vorher stattfand.

Frau Strunge bittet auszuführen, wie die perspektivische Planung des Solidarpaktes aussieht. Sie fragt, ob die großen Einrichtungen dauerhaft Gelder bereitstellen sollen, um dadurch die Freie Szene zu finanzieren, oder ob es sich um eine einmalige, einjährige Durchführung handelt, die auf die Haushaltsnotlage zurückzuführen ist.

Das Engagement der einzelnen Institutionen wertschätzend, ist es aus Sicht von Frau Strunge dennoch eine Kürzung in den Haushalten.

Das Weiteren möchte Frau Strunge wissen, wie sich die Liste in der Vorlage zusammensetzt und ob es sich dabei um Projekte handelt, die aus dem Projektmitteltopf gefördert werden. Sollte dies der Falls sein, bittet Frau Strunge zu beantworten, ob der Senator für Kultur über den Projektmitteltopf entscheidet und der Projektmittelausschuss nur noch über den Solidartopf.

Frau Strunge merkt an, dass aus ihrer Sicht viele in der Liste aufgeführten Punkte in die institutionelle Förderung gehören. Sie bittet darum, dass man sich diese noch mal genauer anschaut und gegebenenfalls institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Zur Einsichtnahme der Projektanträge legt sie nah, sowohl die digitale Einsicht als auch die bisherige Aktenansicht zu ermöglichen.

Frau Staatsrätin Emigholz antwortet, dass die Behörde hinsichtlich der Fachjurs gebeten wurde, in Abstimmung mit der Freien Szene Personalvorschläge zu unterbreiten. Im Sinne der Transparenz wurden diese namentlich auf der Homepage des Senators für Kultur veröffentlicht. Sie sagt zu, dass der Deputation für Kultur im Nachgang an die Sitzung die Liste umgehend per Mail nachgereicht wird.

Hinsichtlich der Anträge antwortet Frau Staatsrätin Emigholz, dass diese eingescannt werden. Leider liegen nicht alle Anträge digital vor. Die Kulturbehörde ist bemüht, alles digital vorzulegen. Weiterhin werden Möglichkeiten zur direkten Einsichtnahme geboten. Auf die Frage zur jährlichen Überprüfung des Vergabeverfahrens für Projektmittel antwortet Frau Staatsrätin Emigholz, dass bereits einige Einrichtungen signalisiert hätten, dass sie den Solidarpakt fortschreiben möchten, sofern diese Maßnahmen für sie wirtschaftlich verkraftbar wären.

Wie schon erwähnt ist die Liste ein Vorschlag der Kulturbehörde, die dem Projektmittelausschuss vorgelegt wird. Der Projektmittelausschuss erhält darüber hinaus eine weitere Übersicht aller eingegangenen Anträge.

Zu den Fragen der Bremer Philharmoniker übergibt Frau Staatsrätin Emigholz das Wort an Herrn Kötter-Lixfeld, Intendant und Geschäftsführer der Bremer Philharmoniker.

Herr Kötter-Lixfeld antwortet, dass Nachwuchsförderung seit längerem ein Bestandteil der Arbeit der Bremer Philharmoniker ist. Das Thema Solidarpakt war Anlass dafür, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die Nachwuchsförderung innerhalb Bremens besser vernetzen kann. Die Nachwuchsförderung wiederum war Anlass für die Orchesterakademie, um so den eigenen Nachwuchs zum einen vorher persönlich kennenzulernen und zum anderen die Ressourcen zu nutzen, die es in Bremen gibt. Zusammen mit der Hochschule für Künste wurden hierfür Ideen entwickelt.

Herr Drechsel betont, dass die FDP die Initiative des Solidarpakts unterstützt. Es ist ein dynamischer Prozess, von dem man lernen und der künftig optimiert werden kann.

Frau Dr. Kroh möchte wissen, nach welchen Kriterien die Zuweisung zu den Jurys erfolgt, wie die einzelnen drei Felder konkret definiert werden und insbesondere, was unter Stadtkultur und Interkultur zu verstehen ist. Des Weiteren möchte sie wissen, wer die Zuordnung der Anträge vornimmt und nach welchem Schlüssel die Fördersumme auf die drei Förderbereiche verteilt wird.

Herr Frey antwortet, dass die Zuordnung der Anträge sich größtenteils aus den Angaben im Antrag ergeben. Aufgrund von jahrelangen Erfahrungswerten und dem fachlichen Wissen wird seitens des Ressorts festgestellt, in welchen Förderbereich der Antrag am sinnvollsten einzuordnen ist.

Stadtkultur und Interkultur sind die Bereiche, die man früher Breitenkultur, Soziokultur, kulturelle Stadtteilinitiativen genannt hat. Interkultur ist der Bereich, der als Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen zu verstehen ist. Die Begriffe Theater, Tanz und Musik sind weitestgehend selbsterklärend.

Bei spartenübergreifenden Projekten schaut man, in welchem Förderbereich der Schwerpunkt liegt und ordnet diese dann entsprechend zu. Das ist in erster Linie erfahrungsgestützt, hat sich aber bisher bewährt.

Hinsichtlich der Zuordnung von Geldern antwortet Herr Frey, dass diese zunächst auf Vorschlag des Ressorts erfolgt. Dabei wird das Antragsvolumen in den Förderbereichen in Betracht gezogen. Dieser Vorschlag wird von den Fachjurs berücksichtigt.

Der Projektmittelausschuss schaut final, ob die jeweils vorliegende Zuordnung der Gelder sinnvoll ist. Es besteht ein regelmäßiger Dialog, um die Zuordnungen gegebenenfalls auch noch zu verändern.

Herr Pouplier geht auf den Begriff „geldwerte Leistungen“ näher ein und erläutert, dass es Gespräche gibt, wie weiterhin unterstützt werden kann.

Herr Bolayela bedankt sich für die Vorlage. Er befürwortet den Solidarpakt und betont, dass es hierbei nicht in erster Linie um die geldwerten Leistungen, sondern auch um Unterstützungen in Form von anderen kulturellen Leistungen wie z.B. Verwalten von Proberäumen geht. Er würde gerne wissen, was eine Künstlerin oder ein Künstler mitbringen muss, um z.B. ein Konzept- oder Kooperationsprojekt beantragen zu können. Zudem würde er gerne den Grund erfahren, warum Kultur vor Ort und Kulturbüro Bremen-Nord nicht in der Liste auftauchen.

Herr Frey antwortet, dass die Künstlerin oder der Künstler in erster Linie eine Idee mitbringen muss. Das ist der wesentliche Teil. Im Fall eines Kooperationsprojektes nimmt die Künstlerin oder der Künstler Kontakt mit den Kooperationseinrichtungen auf, trifft eine Verabredung und im Nachgang wird der Projektantrag beim Senator für Kultur gestellt.

Herr Frey erläutert, dass Kultur vor Ort ein Teil von Stadtkultur ist und daher mit zu dem Beitrag von Stadtkultur e.V. zu zählen ist. Kultur vor Ort kann darüber hinaus aber auch eigene Vorschläge zur Unterstützung unterbreiten.

Herr Dr. Hodonyi bedankt sich bei der Behörde für das Verfahren und insbesondere für die Klausurtagung mit der Freien Szene. Er würde gerne wissen, wie Künstlerinnen und Künstler an die Institutionen herantreten können.

Herr Drechsel möchte wissen, wie die zielführende Kontrolle der geldwerten Leistungen sichergestellt wird. Er bittet zu erläutern, warum nur beim Theater Bremen die Unterstützung in die Ziel- und Leistungsvereinbarung aufgenommen wird.

Herr Rohmeyer fragt im Namen der Fraktion der CDU, wie im Jahr 2018 weiterverfahren wird.

Frau Dr. Kappert-Gonther erinnert an die parteiübergreifende Entscheidung, das Projekt-mittelverfahren durch Fachjurs transparenter und inhaltsgesteuerter zu machen. Sie bittet daher, auch so zu verfahren.

Durch den Solidarpakt werden aus ihrer Sicht Kooperationen zwischen vielen Anbietern dieser Stadt gefördert. Sie plädiert dafür, dem vorgeschlagenen Verfahren eine Chance zu geben und im folgenden Jahr eine Evaluierung vorzunehmen.

Frau Strunge betont, dass die Linksfraktion darüber erfreut ist, dass man sich auf Fachjurs geeinigt hat. Kritisch sieht sie jedoch, dass die Vorlage der Behörde konkret vorsieht, wofür die Mittel verwendet werden sollen. Zudem ist aus Sicht der Linksfraktion der Solidarpakt keine verlässliche und langfristige Förderung der Freien Szene.

Frau Staatsrätin Emigholz entgegnet, dass die Vorschläge für die Förderung der im Haushalt geförderten Einrichtungen transparent dargelegt sind. Die Empfehlungen für die Freien Akteure bleibt wie schon erwähnt den Jurs überlassen. Kritische Anregungen von Verfahrensbeteiligten aus Politik und Freier Szene wurden ernst genommen und umgesetzt. Das Bestreben der Kulturbehörde ist es, einen guten „Mittelweg“ für den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu finden.

Hinsichtlich der Haushaltssituation betont Frau Staatsrätin Emigholz, dass sich nicht nur vier große Einrichtungen, sondern auch 28 Einrichtungen des Bereichs „Stadtkultur“ bereit erklärt haben, anteilig auf Inflationsausgleichsmittel zu verzichten, um Projekte zu ermöglichen.

Frau Staatsrätin Emigholz wiederholt, dass es sich hier um eine zunächst zeitlich begrenzte Maßnahme handelt und unterstreicht, dass mit diesem Modell versucht wird, die schwierige Haushaltszeit zu überbrücken. Sie unterstreicht ihren Vorschlag, den Solidarpakt im kommenden Jahr zu evaluieren.

Die Deputation für Kultur nimmt die Vorlage zum ‚Solidarpakt Kultur‘ und zum Projektmittelverfahren 2017 zur Kenntnis.

Die Deputation stimmt bei Enthaltung der Fraktionen CDU, FDP und Linke dem Verfahrensvorschlag für die Projektmittel 2017 zu.

TOP 6: Bericht Weserburg

Frau Strunge übergibt das Wort an Herrn Dr. Mackeben.

Herr Dr. Mackeben erläutert, dass der Bericht die Diskussion zwischen dem Kulturressort und der Weserburg bis zum heutigen Zeitpunkt darstellt. Kern ist der Blick in die Zukunft - und zwar im Hinblick auf die Besetzung einer Findungskommission zur Findung der Nachfolge des jetzigen Direktors.

Im Zuge dieser Neubesetzung werden die inhaltlichen Zukunftsfragen der Weserburg umfassend im Rahmen der Findungskommission diskutiert, die Entscheidung im Stiftungsrat

getroffen, eine Neubesetzung gefunden und im Rahmen dessen die Fragen, die seit Längerem in der Deputation diskutiert wurden, wie z.B. der Abschluss des Fünfjahreskontraktes und die Frage der zukünftigen Baulichkeiten der Weserburg, vertiefend weiter diskutiert und einer Entscheidung zugeführt werden.

Herr Drechsel bedankt sich für den Sachstandsbericht. Er fragt, wie hoch die im Bericht erwähnten Rücklagen sind. Hinsichtlich des Nachfolgestatus würde Herr Drechsel gerne wissen, wie der aktuelle Stand ist. Er ist darüber unzufrieden, dass bis zum Beschluss des Stiftungsrats hinsichtlich der Nachfolge diese vertraulich zu behandeln ist. In dem Kontext merkt Herr Drechsel bei der Beschlussfassung unter Punkt 3 an, dass aus Sicht der Fraktion der FDP es wichtig ist, dass die Deputation inhaltlich eingebunden wird und der Prozess transparent gehalten wird.

Er bittet, eine Jobbeschreibung bzw. den Kriterien- und Bewerberkatalog vorzulegen sowie die Beantwortung der Frage vorzunehmen, welche Qualifikationen für den Posten vorausgesetzt werden und wie diese Kriterien definiert und bewertet werden. Er bittet um die Nachlieferung des schriftlichen Konzeptes.

Herr Dr. Sondergeld möchte zwei Punkte aus der Vorlage hervorheben. Der Stiftungsrat ist einhellig der Auffassung, dass der Baufond nicht angetastet werden soll. Bis Dezember werden Maßnahmen beraten, die verhindern sollen, dass auf die Rücklagen für Baumaßnahmen zugegriffen werden muss.

Hinsichtlich der Findungskommission erläutert Herr Dr. Sondergeld, dass diese beratend und nicht beschließend tätig ist. Die finale Entscheidung ist letztlich Aufgabe des Stiftungsrates. Wenn es um das Profil einer Person geht, die die Einrichtung in Zukunft leiten soll, geht es auch um die großen Linien der zukünftigen Entwicklung und es ist gut, externe Experten hinzuzuziehen.

Es wurden bereits einige Experten angeschrieben. Er hofft, dass bis zum Ende des Jahres die externen Experten der Findungskommission zusammengefunden und spätestens Anfang nächsten Jahres die Arbeit aufgenommen werden kann.

Herr Dr. Sondergeld ergänzt, dass, sobald das Suchprofil für die Nachfolgebesetzung steht, dieses der Deputation in einer ihrer Sitzungen vorgestellt wird.

Im Interesse der neuen Stiftungsratsmitglieder merkt Herr Dr. Sondergeld an, dass es erst Ende September die Gelegenheit gab, miteinander zu tagen.

Wie es eine sinnvolle, nach außen wirkende und intern nicht völlig unmögliche Verselbstständigung des Studienzentrums geben kann, muss noch abschließend geklärt werden. Die neuen Stiftungsratsmitglieder haben erst seit knapp vier Wochen die Möglichkeit, sich substantiell damit zu befassen und daher bedarf es noch Zeit.

Herr Gottschalk dankt für den Bericht und ist erfreut, dass die neuen Mitglieder für den Stiftungsrat gefunden worden sind. Er begrüßt den Grundsatz, dass der Baufond nicht angetastet werden soll, und dass trotz der eingetretenen Verzögerung keine Gefahr besteht, dass dieser Fond sich reduziert. Für die Findungskommission ist die Gewinnung externer Experten bedeutend, um so einen Blick von außen in die weitere Entwicklung reinzubringen.

Zur Treuhandstiftung für das Zentrum für Künstlerpublikationen merkt Herr Gottschalk an, dass der Weg einer neuen Plattform richtig ist; er hofft auf die Gewinnung von Dritten, die in die Finanzierung miteinsteigen.

Frau Strunge erläutert, dass die Linksfraktion die in der Vorlage thematisierte Standortfrage irritiert. Sie ist verärgert, dass die Standortfrage erneut aufgegriffen worden ist und erinnert daran, dass es hierzu bereits eine lange Debatte gab und die Beschlussfassung lautete, dass die Deputation den Verbleib der Weserburg in dem Gebäude Teerhof präferiert. Die Koalition sei sich in diesem Punkt einig gewesen, dass die Standortfrage geklärt sei.

Dass in der vorliegenden Vorlage die Standortfrage erneut offen ist und das Museum We-

serburg wieder in eine unsichere Lage gerät, ist in Anbetracht der Tatsache, dass derzeit die Neubesetzung der Direktorenstelle erfolgen soll, problematisch.

Frau Strunge bittet Frau Staatsrätin Emigholz um eine Einschätzung zur Standortfrage.

Des Weiteren hätte Frau Strunge es befürwortet, wenn vollständigshalber in der Vorlage erwähnt worden wäre, dass es einen Kontraktentwurf gibt, der jedoch nicht unterzeichnet worden ist, weil der gegenwärtige Direktor der Meinung ist, dass in diesem Finanzrahmen das Museum nicht vernünftig geführt werden kann und eine Verkleinerung des Museums zur Folge hätte.

Sie weist darauf hin, dass der Eindruck entsteht, dass die Besetzung der Direktorenstelle mit dem Kontrakt und der Standortfrage verbunden ist und dass man jetzt jemanden sucht, der unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen den Kontrakt unterzeichnet und der Standortfrage offen gegenübersteht.

Sie plädiert dafür, dass die politische Entscheidung hinsichtlich der Standortfrage in der Kulturdeputation getroffen wird.

Herr Rohmeyer merkt an, dass bis auf die rechtliche Absicherung des Zentrums für Künstlerpublikation nichts Neues in der Vorlage steht und keine weitere Entwicklung ersichtlich ist. Er ist gespannt, was die Zukunft bringt.

Das Konzept aufgreifend sieht er keine inhaltliche Perspektive, da es noch keinen Nachfolger gibt. Zudem sei der bereits vorgelegte Kontraktentwurf seitens der Weserburg bis heute nicht unterzeichnet worden.

Herr Rohmeyer kritisiert das bisherige Vorgehen und betont, dass es der Einrichtung nicht geholfen hat.

Vor diesem Hintergrund erinnert er daran, dass er seit Längerem auf das Konzept des Senats zur Gegenwartskunst in Bremen wartet.

Frau Staatsrätin Emigholz antwortet, dass es neue Überlegungen gibt, jedoch nicht zur Diskussion der Standortfrage, sondern dazu wie man ein Haus konzeptionell unterstützt. Sie dankt Herrn Friese, der eindrucksvoll nachgewiesen hat, welches Potenzial die Einrichtung hat.

Sie weist darauf hin, dass das nächste Jahr von Herrn Friese bereits geplant wurde und es somit möglich ist, dass ein Nachfolgeverfahren angegangen werden kann. Hierzu wird der Stiftungsrat in Zusammenarbeit mit Herrn Friese überlegen, wie die Besetzung der Findungskommission und wie das weitere Auswahlverfahren aussehen könnten.

Frau Staatsrätin Emigholz merkt an, dass Herr Friese in vergangenen Vorträgen stets deutlich gesagt hat, dass er den Standort sowie die räumlichen Kapazitäten behalten möchte.

In der ursprünglichen Debatte ging es um eine Reduzierung der Fläche und die damit entstehenden erforderlichen Umbaumaßnahmen. Jetzt findet die fachliche Debatte darüber statt, ob es gemacht wird oder nicht. Das ist der markanteste Punkt in der gesamten Auseinandersetzung.

Wie bei allen Baumaßnahmen, muss auch dieses Bauvorhaben kritisch überprüft werden. Die Entscheidung muss final dem Senat und der Deputation für Kultur vorgelegt werden.

Frau Dr. Kappert-Gonther erklärt, dass für die Fraktion der Grünen die Grundlage der Diskussion der Teerhof ist. Zunächst sei es wichtig, dass die Direktorenstelle eine Nachfolge bekommt, bevor Herr Friese in den Ruhestand geht. Sie befürwortet die Gründung der Findungskommission. Hinsichtlich des Kontraktes merkt sie an, dass die Erfahrung mit dem Theater Bremen gezeigt hat, dass es durchaus Sinn machen kann, dass gemeinsam mit der neuen Leitung die Kontraktvereinbarung getroffen wird. Zur Treuhandstiftung betont Frau Dr. Kappert-Gonther, dass es wichtig ist, dass das Zentrum für Künstlerpublikationen Eigenständigkeit erhält; sie findet die Idee der Treuhandstiftung daher begrüßenswert.

Frau Strunge merkt an, dass in der Vorlage nicht deutlich von Baumaßnahmen, sondern vom Standort die Rede ist und sie daher darüber irritiert war. Sie bittet darum, diesen Sachverhalt im Protokoll richtig zu stellen. Des Weiteren bittet sie um eine schriftliche Vorlage, wie der derzeitige Stand hinsichtlich der Verselbständigung des Zentrums für Künstlerpublikationen ist, insbesondere welche Probleme und Lösungsvorschläge vorliegen.

Auf die Bitte von Frau Strunge korrigiert Frau Staatsrätin Emigholz, dass es sich bei der Vorlage nicht um die Diskussion zum Standort, sondern zur Baumaßnahme handelt.

Herr Dr. Mackeben antwortet, dass der aktuelle Gesprächsstand mit dem Stiftungsrat derjenige ist, dass die Lösung eine Treuhandstiftung ist. Die Treuhandstiftung hat keine formal rechtliche Selbstständigkeit, aber ermöglicht nach außen ein eigenständiges Auftreten.

In der Ende September stattfindenden Sitzung des Stiftungsrates ist die Treuhandstiftung thematisiert worden. Die entscheidende Frage hierbei ist die Vermögenszuordnung, mit der man sich noch auseinandersetzen muss. Wenn ein Beschluss gefasst wird, wird ein solcher Vertrag, weil die Stadt der andere Vertragspartner ist, der Deputation für Kultur vorgelegt werden.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Die Deputation bittet bei Enthaltung der Linksfraktion den Senator für Kultur,

1. über die noch ausstehenden Beschlüsse des Stiftungsrates zur Verselbständigung des Zentrums für Künstlerpublikationen zu berichten und den Vertrags- und Satzungsentwurf nach Verhandlungsabschluss zur Beratung vorzulegen,
2. den Kontraktentwurf zur Beratung vorzulegen, sobald die Verhandlungen im Zuge der Nachfolgefindung im Laufe des Jahres 2017 abgeschlossen sind,
3. nach Abschluss der Arbeit der Findungskommission und dem entsprechenden Beschluss des Stiftungsrates über die Nachfolge für den Direktor zu berichten.

TOP 7: Vorstellung Golden City

Frau Strunge begrüßt Frauke Wilhelm, Stadtkultur UG, und übergibt ihr das Wort.

Frau Wilhelm bedankt sich für die Einladung und stellt das Konzept Golden City vor. Das Projekt greift die Hafensbars und die sich dort zusammentreffenden Menschen der 50er- und 60er-Jahre auf. Die Hafensbars waren damals eine wichtige Adresse für kleine und große Geschäfte, für Arbeitsvermittlungen, Partnersuche und Prostitution. Geschichten über die Solidarität der Seeleute, die sich weder rassistisch oder nationalistisch beeinflussen ließen, halten sich bis heute hartnäckig.

Frau Wilhelm verfolgt und erforscht diese Bremer Geschichte seit mehreren Jahren und möchte dieses weiterentwickeln. Interviews mit Zeitzeugen, eine 72-stündige Performance in einer der übriggebliebenen Hafensbars, eine alternative Hafenrundfahrt „Golden City unterwegs“ und verschiedene Musik- und Theaterproduktionen waren Stationen dieser künstlerischen Forschungsarbeit. Seit 2013 betreibt Frau Wilhelm in den Sommermonaten die temporäre Hafensbar „Golden City“. Diese wird von ungefähr 30 Freiberuflern, Kulturschaffenden, Musikern, Schauspielern, Ehrenamtlichen aus Theater, Musik, Hafengeschichte, Performance und Stadtdialog betrieben. Mittlerweile wurden bis zu 250 Veranstaltungen in und für die Überseestadt durchgeführt.

Die Idee hinter der Hafensbar war damals, Energien aus den tiefen Schichten der Hafen- und Rotlichtgeschichte für den Entwicklungsprozess der Überseestadt zu mobilisieren. Ein fester Bestandteil von Golden City ist die Lokalrunde. Hierbei werden unter anderem musikalische Erinnerungen und Klischees, Milieustereotypen, aber auch Genderaspekte thematisiert. Dieses Format hat sich über die Stadtgrenzen hinaus etabliert und zieht re-

gelmäßig neue Besucherinnen und Besucher an.

Die Formate bestehen aus einer Mischung aus Show, Musik, Theater, Film und Publikumsaktionen. Frau Wilhelm stellt hierzu ein paar Beispiele vor.

2016 wurde ein neues Kapitel eröffnet, und mit den Projekten „Sehnsuchtslieder von der Gegenküste“ oder auch „Golden City goes fremd“ wurde die Arbeitsweise mit geflüchteten Menschen konzipiert.

Für das Musiktheaterprojekt „Sehnsuchtslieder von der Gegenküste“ wurden Musikerinnen und Musiker aus den Übergangsheimen der Überseestadt eingeladen. Die Idee war, die verschiedenen Musikrichtungen aus den unterschiedlichen Ländern mit aufzunehmen.

Viele Sponsoren möchten die Arbeit des Golden City aufrechterhalten und unterstützen es finanziell. Des Weiteren gibt es ein großes Fanpublikum. Dieses hat eine Crowdfunding Kampagne für ein Theaterstück durchgeführt. Neben den Eintrittspreisen wurden durch die Kampagne zusätzlich Gelder eingenommen.

Aus diesen Mitteln können allerdings Projekte wie „Sehnsuchtslieder von der Gegenküste“ nicht realisiert werden. Diese besonderen Kulturformate bedürfen der finanziellen Unterstützung des Senators für Kultur.

Nächstes Jahr soll es ein neues Projekt geben, in dem es eine ähnliche Bar in Athen geben soll, um einen Austausch am Bildschirm von Theaterformaten und Shows herzustellen und somit ein neues Golden City Projekt in die Saison aufzunehmen. Frau Wilhelm hofft hier auf breite Unterstützung.

Herr Bolayela lobt die Arbeit. Er würde gerne wissen, ob das Projekt „Sehnsuchtslieder“ fortgesetzt wird und wie der Planungsstand ist.

Frau Wilhelm antwortet, dass das Projekt „Sehnsuchtslieder“ weiter aktiv bleiben wird. Nach derzeitiger Planung wird es insgesamt sechs Auftritte geben.

Ein weiteres Projekt mit interkulturellen Aspekten ist „Golden City Arbeitsamt“, bei dem das Thema Arbeitssuche thematisiert wird.

Frau Strunge dankt im Namen der Deputation für die Vorstellung.

TOP 8: Vorstellung Kulturambulanz Bremen

Frau Strunge übergibt das Wort an Herrn Tischer.

Herr Tischer bedankt sich für die Einladung und informiert, dass es die Kulturambulanz seit 1987 im denkmalgeschützten Park im Gebäudeensemble des Klinikums Bremen-Ost gibt. Die Trägerschaft ist im Jahr 2014 vom Klinikum Bremen-Ost zur Gesundheit Nord übergegangen. Nach einem externen Beratungsprozess erhielt die Einrichtung im Jahr 2010 den heutigen Namen „Kulturambulanz“.

Zur Kulturambulanz gehören das Veranstaltungszentrum Haus im Park, die Galerie im Park und das Krankenhausmuseum mit seinem Alleinstellungsmerkmal als Medizin und psychiatriehistorisches Ausstellungshaus. Die Kulturambulanz wird vom Kulturverein Haus im Park e.V gefördert.

Der berufsübergreifende Beirat des Vereins, dem Wissenschaftler, Unternehmer, Gewerkschaftler und Künstlerinnen und Künstler angehören, ist beratend tätig.

Die Finanzierung der Räumlichkeiten und des Personals übernimmt zum größten Teil die Gesundheit Nord. Die Programmmittel gehen beim Kulturverein überwiegend durch Spenden, Stiftungen, öffentliche Gelder und WiN- Mittel ein.

Die Kulturambulanz hat eine hohe Schnittstellenkompetenz zwischen Kultur, Bildung, Sozialem und Gesundheit, was auch die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen ermöglicht. Als Beispiel nennt Herr Tischer das im nächsten Jahr stattfindende Projekt der Schwankhalle, welches in einem leerstehenden Gebäude des Klinikums Bremen- Mitte

durchgeführt und von der Kulturambulanz begleitet und unterstützt wird. Durch die Schnittstellenkompetenz zwischen Quartier, Stadtteil, Stadtzentrum und dem Krankenhaus entsteht ein breites Kooperationsnetzwerk mit Partnern, wie der Hochschule für Künste, der Stadtkultur, den Bürgerhäusern, der Metropolregion, dem Beirat Osterholz, der Arbeitsgemeinschaft Bremer Museen für Alltagsgeschichte und zahlreichen überregionalen Instituten.

Auf die kulturellen Aktivitäten der Kulturambulanz eingehend erläutert Herr Tischer, dass der Auftrag darin besteht, Gesundheit, Bildung und Kultur durch Veranstaltungen unterschiedlicher Formate zu verbinden. Ein Programmschwerpunkt liegt auf der Bereitstellung von Angeboten und Projekten für Kinder, Jugendliche und Familien. Jährlich werden ca. 5000 junge Besucherinnen und Besucher verzeichnet.

Im Rahmen interkultureller Arbeit hebt Herr Tischer das Kinderliederprojekt mit den Gebrüdern Jehn hervor, welches Kinder unterschiedlicher Kulturen miteinander verbindet. Hierfür erhielt die Kulturambulanz 2012 den Preis des Stiftungsrats der Start Stiftung für das beste Projekt interkultureller Förderung.

Des Weiteren werden Nachbarschaftsprojekte wie das Familienfest „Ostern im Park“ sowie Projekte der frühkindlichen musischen Förderung realisiert.

Hinsichtlich der Angebote für Jugendliche erläutert Herr Tischer, dass ein zentraler Schwerpunkt die Frage nach der eigenen Identität ist. Hierzu werden in Kooperationen mit allen Schulen in Osterholz Projekte durchgeführt, deren Schwerpunkt in der Verknüpfung der Jugendkultur und der eigenen Identität liegt sowie auf dem Umgang mit unterschiedlichen Kulturen.

Herr Tischer greift vor diesem Hintergrund das nationale Bündnis für Jugend und das neue Präventionsgesetz auf und erläutert, dass der Kulturambulanz die Möglichkeit gegeben wird, zusätzliche Mittel zu akquirieren.

Auch für ältere Menschen gibt es zahlreiche Angebote, die kostenlos sind und zum Teil in regelmäßigen Abständen stattfinden, wie der Kaffeeklatsch mit dem Bremer Kriminaltheater.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Ausstellungen, die überregionale Strahlkraft haben. Zu den Ausstellungen kommen Besucherinnen und Besucher, die zu einem beachtlichen Teil aus dem Umland stammen. Bisher konnten über 100 Ausstellungen realisiert werden. Anhand der aktuellen Ausstellung „Erfasst, Verfolgt, Vernichtet“ mit 25.000 Besucherinnen und Besuchern betont Herr Tischer, dass die Kulturambulanz für Bremen Themen etablieren kann.

Für das Jahr 2017 ist eine Ausstellungsübernahme von der Bundeskunsthalle Bonn geplant. Die Kulturambulanz wird der zweite Ausstellungsort sein. Schwerpunkt sind Geschichten mit und von Menschen mit Down Syndrom und die Geschichte des Arztes, der diesen Begriff geprägt hat. Es ist ein innovatives Projekt von Inklusion und Kultur.

Herr Tischer betont abschließend, dass eine zuverlässige finanzielle Absicherung der Programme wichtig ist und benötigt wird.

Frau Dr. Kappert-Gonther möchte den Standort auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Ost hervorheben und betont, wie einzigartig dieser ist. Leider ist auch weiterhin die Angst und die Schwelle, das Gelände einer Psychiatrie zu betreten, stark vorhanden. Sie begrüßt es daher, dass die Kulturambulanz für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist und daher Ängste abgebaut werden können.

Herr Bolayela dankt Herrn Tischer für die Vorstellung und lobt das hohe Engagement der Kulturambulanz in der Kinder- und Jugendarbeit und die Vielseitigkeit der Angebote. Er würde gerne wissen, wie die Kulturambulanz die Bevölkerung, insbesondere auch Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund, erreicht.

Herr Tischer antwortet, dass auch viele Bürgerinnen und Bürger die Kulturambulanz nicht genau zuordnen konnten und es daher unter der neuen Führungspersönlichkeit der Gesundheit-Nord einen externen Beratungsprozess gab. Dadurch wurde geklärt, dass das Hauptaugenmerk auf der Verbindung der Bereiche Gesundheit, Bildung und Kultur liegt. Zur Frage, wie Migrantinnen und Migranten erreicht werden, erläutert Herr Tischer, dass die Bevölkerung in Osterholz sehr vielseitig ist. Familien und Kinder – auch diejenigen mit Migrationshintergrund - können durch Ferienprogramme erreicht werden. Die Jugendlichen werden überwiegend durch Schulen erreicht. Um die restliche Bevölkerung zu erreichen, werden unter anderem Konzerte und Feste veranstaltet.

Herr Pouplier möchte darauf hinweisen, dass neben der Besonderheit des Themenschwerpunktes und der Verortung der Kulturambulanz noch ein weiterer Punkt wichtig ist, und zwar die Vernetzung. Die Kulturambulanz ist eine der Einrichtungen, die sehr stark die Vernetzung zwischen regionalen und zentralen Kultureinrichtungen vorangetrieben haben. Dieses Arbeitsprinzip wird von Stadtkultur sehr befürwortet und sollte unterstützend gefördert werden.

Bezugnehmend auf das Präventionsgesetz fragt Herr Crueger, ob es schon eine Einschätzung gibt, mit welchen Summen gerechnet werden kann. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Kulturambulanz der einzige Kulturakteur im Land Bremen ist, der die zusätzlichen Mittel in Anspruch nehmen kann.

Herr Tischer antwortet, dass es die Aufgabe der Kultureinrichtung ist, die Vertreter der Krankenkassen dahingehend zu überzeugen, dass ihre Kulturarbeit und Projekte gesundheitsfördernd und präventiv sind. Das Konzept, welches durch das Gesetz erstmals ermöglicht wird, ist so gedacht, dass der Blick verstärkt auf die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen gerichtet wird. Als Beispiel nennt Herr Tischer das Projekt „Gesunde Quartiere“, welches sich unter anderem mit dem Gesundheitsbegriff der heutigen Zeit befasst. Mit welchen Summen gerechnet werden kann, kann Herr Tischer nicht genau beantworten.

Frau Dr. Kappert-Gonther ergänzt, dass es sich um ein neues Gesetz handelt, welches zwischen Verhaltensprävention und Verhältnisprävention unterscheidet. Bei der Verhaltensprävention geht es in erster Linie darum, einen gesunden Lebensstil führen zu können. Bei der Verhältnisprävention geht es um die Frage, wie Stadtteile aufgestellt werden können, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein gesünderes Leben zu ermöglichen. Ob der Schwerpunkt auf Verhaltens- oder Verhältnisprävention liegt, obliegt der Entscheidung der Bundesländer. Sie hofft, dass in Bremen der Schwerpunkt auf der Verhältnisprävention liegen wird und dadurch unter anderem auch Projekte der kulturellen Bildung mitaufgenommen werden können.

Frau Strunge bedankt sich im Namen der Deputation für Kultur bei Herrn Tischer für die Vorstellung.

TOP 9: Verschiedenes

Frau Dr. Kappert-Gonther regt an, die Vorstellungen der Kultureinrichtungen an den Anfang der Sitzung der Deputation für Kultur vorzulegen

a. Aktuelles aus der Kulturszene

Es liegen keine Wortmeldungen vor.


b. Berichtsbitte zur Förderung der Populärmusik in Bremen

Frau Strunge bittet, die Berichtsbitte zur Förderung der Populärmusik in Bremen auf die kommende Sitzung der Deputation für Kultur am 15.11.2016 zu verschieben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



Sprecherin



Protokollführerin

Teilnehmerliste

Städtische Deputation für Kultur

19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort:
Saal
Konsul-Hackfeld-Haus

am:
25. Oktober 2016

von: 14⁵⁰

bis: 17⁵⁰

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von – bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz	<i>C. Emigholz</i>	
Elombo Bolayela	<i>Bolayela</i>	
Jens Crueger	<i>Jens Crueger</i>	
Ulf-Brün Drechsel	<i>Ulf-Brün Drechsel</i>	
Dr. Kirsten Kappert-Gonther	<i>Kappert-Gonther</i>	
Susanne Grobien	<i>S. Grobien</i>	
Dr. Robert Hodonyi	<i>R. Hodonyi</i>	
Martin Michalik	<i>M. Michalik</i>	
Dieter Reinken i.V. <i>Anno Gollwitzer</i>	<i>Anno Gollwitzer</i>	
Claas Rohmeyer	<i>Claas Rohmeyer</i>	
Sükrü Senkal	<i>Sükrü Senkal</i>	
Miriam Strunge	<i>M. Strunge</i>	

*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.

***) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste
Sitzung am 25.10.2016

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
<i>Winderlich</i>	<i>Frey</i>	
<i>Albrecht</i>	<i>J. Kollonitska</i>	
<i>Machler</i>		
<i>Stellen</i>		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name